

PRESSEMITTEILUNG

Bonn, den 10. Juni 1999
67/99

CDU-Generalsekretärin Dr. Angela Merkel erklärt:

Europawahl 1999 Jammern hilft nicht – wählen gehen schon!

Die Wahl zum Europäischen Parlament am kommenden Sonntag stellt wichtige Weichen für die Zukunft Europas. Europa muß wichtige Aufgaben lösen. Die Handlungsfähigkeit der europäischen Außenpolitik muß sichergestellt werden. Europa braucht mehr wirtschaftliche Dynamik, um Arbeitsplätze zu schaffen. Europa braucht mehr Entschlossenheit bei der Kriminalitätsbekämpfung. Die Stabilität der gemeinsamen Währung, die die Menschen ab 2002 in Händen haben, darf nicht durch eine verfehlte Politik des „leichten Geldes“ gefährdet werden.

Vor diesem Hintergrund bleiben die Ergebnisse der deutschen Ratspräsidentschaft weit hinter den Erwartungen und Anforderungen zurück. Symptomatisch hierfür ist die anhaltende Schwäche des EURO.

Europas Zukunft hängt wesentlich an der wirtschaftlichen Entwicklung der Nationalstaaten. Mehr wirtschaftliche Dynamik setzt Strukturreformen voraus. Gerade diese Reformen werden in Deutschland nicht angepackt. Im Gegenteil: Ob Renten- oder Gesundheitsreform, alle Reformen der alten Bundesregierung wurden vorschnell zurückgenommen. Jetzt geht die Rechnung vorne und hinten nicht mehr auf. Den Krankenkassen droht durch die falsche Gesundheitspolitik von Frau Fischer ein riesiges Defizit. Steigende Beiträge sind vorprogrammiert. Finanzminister Eichel gibt zu, daß er bei den Rentnern „sparen“ will. Das ist eine Verschleierung der Tatsachen. Die Schröder-Regierung plant nichts anderes als eine Rentenkürzung und die Einführung einer „Rente nach Kassenlage“. Vor diesem Hintergrund ist das „Blair-Schröder-Papier“ ein Hohn gegenüber den Bürgern und Unternehmen.

Herausgeber: CDU-Bundesgeschäftsstelle

Verantwortl.: Eva Christiansen · Konrad-Adenauer-Haus · 53113 Bonn

Telefon: Pressestelle (02 28) 5 44-5 11 / 5 12 / 5 21 / 5 22 / · Telefax (02 28) 23 60 98

Internet: <http://www.cdu.de> · E-Mail: Pressestelle@cdu.dbp.de

ACDP 07-001-381

CDU
mitten im Leben.

Diese desaströse Politik wirkt sich jetzt auch schon auf das Wirtschaftswachstum aus. Mit nur 0,7% Wachstum liegt Deutschland derzeit an letzter Stelle in Europa. Das bleibt nicht ohne Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Der jetzige Rückgang der Arbeitslosenzahlen um 147.200 gegenüber dem Vormonat ist einzig und allein saisonal bedingt. Diese Entwicklung bereitet große Sorge, denn im Mai letzten Jahres lag der Rückgang noch bei 223.000 und im Oktober letzten Jahres gab es fast noch 400.000 Arbeitslose weniger im Vergleich zum Vorjahresmonat. Jetzt sind es nur noch knapp 200.000. Was die strukturelle Verbesserung am Arbeitsmarkt angeht, geht der Trend in die falsche Richtung.

Die CDU hat im Wahlkampf deutlich gemacht: Europapolitik und Innenpolitik sind nicht voneinander zu trennen. Wer schon an 630 DM scheitert, sollte Europa anderen überlassen. Am 13. Juni geht es um die richtige Richtung – für Deutschland und Europa. Europa darf nicht sozialistisch werden. Unser Ziel ist es, daß die Europäische Volkspartei wieder stärkste Kraft im Europäischen Parlament wird, um Balance und Ausgleich zu schaffen. Dazu wollen wir als CDU Deutschlands wieder stärkste europapolitische Kraft in Deutschland werden. „Europa muß man richtig machen“ – und dies gilt auch für Deutschland.